des richtete Hindenburg an die versammelten Schüler Dankesworte für die Kundgebung, in denen er sagte:

Ich nehme die Huldigung an, die Sie mir entgegenbringen, weil es mir möglich ist, Ihr Gelöbnis auf meine Soldaten, besonders auf die gefallenen, zu übertragen. Freudig habe ich Ihr Gelöbnis entgegengenommen. Wir haben unendlich viel verloren, was unersetzbar ist; aber eins ist uns geblieben, das Vaterland. Wenn wir auch tief gesunken sind, nicht nur im Sinne der Politik, sondern auch moralisch, so bleibt uns doch die Pflicht, wieder aufzubauen nach bestem Können. Gottesfurcht, Treue, Würde und Ehrlichkeit allein können uns auf diesem Wege helfen. Diese Eigenschaften wecken die Kräfte zur Erfüllung der großen Aufgaben, die uns bevorstehen. Wenn diese Forderungen erfüllt sind, dann werden wir auch wieder Männer haben, die bereit sind, ihr Leben fürs Vaterland einzusetzen. Lassen Sie uns das Gelöbnis der Treue zum Volke nochmals zusammenfassen in dem Rufe, der so oft über die Schlachtfelder scholl: Unser deutsches Vaterland Hurra!

Nach Absingen des Niederländischen Dankgebets schloß die eindrucksvolle Feier.

Russisch-polnischer Terror in Düsseldorf

Nachdem am Freitag nachmittag der Streik in der Düsseldorfer Metallindustrie beendigt war, ist der größte Teil der Arbeiter wieder in die Fabriken gegangen. Am Sonnabend nachmittag drangen dann große Trupps von verschiedenen Leuten, unter denen sich auch Russen und Polen befanden, in den Betrieb der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie in Oberbilk ein. Der Belegschaft des Werkes gelang es, die Eindringlinge wieder zu vertreiben. Später wurden die Ausschreitungen planmäßig fortgesetzt. Größere Trupps drangen gewaltsam in verschiedene Betriebe ein, um in einigen Fällen die Feuer unter den Kesseln herauszureißen, in anderen Fällen die Kabel- oder die Wasserleitungen zu unterbrechen und andere Störungen zu verursachen. Durch die Ausschreitungen sind folgende große Werke abermals stillgelegt worden: Oberbiller Stahlwerk, Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, Haniel & Lueg, Hohenzollern, Losenhausen und Delta-Metallwerk. In einer Besprechung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaftsführern über diese Ausschreitungen wurde das Vorgehen der Friedensstörer scharf verurteilt. Die Arbeiterschaft hat sich bereit erklärt, in Zukunft derartige Behinderungen durch Selbstschutz unmöglich zu machen.

Die Papiergeldflut.

Die Papierflut wächst in unheimlichem Tempo weiter. Der fünfte Reichsbankausweis zum 30. November weist ein Anschwellen des gesamten papiernen Zahlungsmittelumlaufs von allein 4732,1 Millionen Mk. [illegible] innerhalb einer Woche. Diese sprunghafte Zuschreibung an die Reichsbank zum Umlauf in Rechnung zieht, ganz außergewöhnlich. Da seit Anfang Mai in den Wochenübersichten eine Teilung des Postens Wechselbestand in Handelswechsel und diskontierte Schatzanweisungen durchgeführt ist, ergibt sich für die Gründe des steigenden Papiergeldumlaufes ein klares Bild. Der Bestand an Reichsschatzscheinen ist nämlich in der letzten Novemberwoche um die gewaltige Summe von 13,47 Milliarden Mark angewachsen.

Der gesamte Papiergeldumlauf erreicht demnach die Höhe von gegenwärtig 108,27 Milliarden Mark. Seit Jahr und Tag ist die Notenschuld des Reiches automatisch angeschwollen. Es ergibt sich nämlich seit November 1918 folgende Entwicklung für den Umlauf an Noten und Darlehnskassenscheinen (in Millionen Mark):

7. Nov.	18 26,5	31. April	21 80,4
31. Dez.	18 32,3	30. Juni	21 84,0
30. Juni	19 41,9	30. Sept.	21 93,9
31. Dez.	19 49,5	31. Okt.	21 98,8
15. Juni	20 64,2	15. Nov.	21 102,3
31. Dez.	20 80,8	30. Nov.	21 108,3

Die Steigerung des Notenumlaufes betrug also innerhalb eines einzigen Monats 9,5 Milliarden, das entspricht einer täglichen Vermehrung von rund 300 Millionen Mark neuer Papiergeldzeichen. Seit November 1918 hat sich der Notenumlauf vervielfacht. Die inflatorische Zersetzung unserer Wirtschaft macht somit beängstigende Fortschritte. Neben den bekannten und schon wiederholt erwähnten Ursachen kommt für die jüngste Zeit die in Zusammenhang mit der Valutaentwertung eingetretene Teuerungswelle als verschärfendes Moment in Betracht. Die Hauptursache bleibt aber die ungeheure Defizitwirtschaft im Reichshaushalt, die sich in der oben erwähnten Vermehrung der staatlichen Verschuldung an die Reichsbank in immer drastischerer Weise äußert. Der schlechte Stand der Reichsfinanzen würde noch viel ungünstiger auf den Reichsbankstatus einwirken, wenn nicht infolge der Flüssigkeit des deutschen Geldmarktes große Beträge an Reichsschatzanweisungen außerhalb der Reichsbank leichte Unterbringung finden würden; dies würde geschehen, wenn der Geldmarkt nicht mehr in der Lage sein sollte, die von der Reichsbank an ihn weiter gegebenen Reichsschatzscheine aufzunehmen, und diese zur Reichsbank zurückströmen. Zu welchen schweren Folgen das führen würde, braucht wohl nicht angedeutet werden.

Die Zustände in Niederschönenfeld.

Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages, der über Anträge der Kommunisten und Unabhängigen auf Amnestierung der politischen Festungsgefangenen in Niederschönefeld beriet, machte der Vertreter des Justizministeriums aufsehenerregende Mitteilungen über das Verhalten der radikalen Festungsgefangenen in Niederschönefeld, die gegen ihre andersgesinnten Mitgefangenen und gegen die Anstaltsbeamten einen beispiellosen Terror entfalten. Die Gefangenen versuchen, außenstehende Personen zu bestimmen, in Konservenbüchsen und Kondensmilchdosen Munition, Sprengstoffe und Revolver in die Festung zu schmuggeln. Außerdem sind in der Festungsanstalt Totschlagwerkzeuge aufgefunden worden, die von Festungsgefangenen hergestellt worden waren. Der Regierungsvertreter legte ein großes Paket auf den Tisch des Hauses nieder, in dem sich Holzkeulen, ein schweres Tau aus Metalldrähten, schwere Eisenteile und andere Schlagwerkzeuge befanden. Weiter teilte der Vertreter des Justizministeriums mit, daß auch ein bis ins kleinste ausgearbeiteter Plan zur gewaltsamen Inbesitznahme der ganzen Festungsanstalt aufgefunden wurde. Die Aufseher sollten in die Zellen geschoben, ihrer Uniformen und Bewaffnung beraubt, die Telephonleitungen abgeschnitten, die Maschinengewehre und Gewehre in Besitz genommen, die Wachen und Posten überrumpelt und entwaffnet werden, nach Inbesitznahme des ganzen Zellbaues auch der sogenannte Vorderbau erobert, die leitenden Beamten in Zellenhaft untergebracht und nach Besetzung der ganzen Anstalt durch Reitpferde und Anstaltwagen die Verbindung mit der Außenwelt und mit der Arbeiterschaft hergestellt werden.

Es wurde ein bürgerlicher Antrag angenommen, das ganze Material zu drucken und geeignete Auszüge an die Presse zu bringen.

Irland.

Englands „endgültige Vorschläge".

Die Vorschläge, welche jetzt endgültig für Irland gemacht worden sind, umfassen: 1. den Dominion-Status für die 26 Grafschaften in Süd- und West-Irland. Ulster behält seine eigene Regelung, bis es sich selbst anbietet, in einem allirischen Parlament mitzuwirken. 2. Es wird eine Kommission ernannt für die Regelung der Grenzen der Grafschaften Tyrone und Permagnah, die zwar Ulster zugeteilt wurden, deren Bewohner jedoch in ihrer Mehrzahl sinnfeinfreundlich sind. 3. Südirland leistet den Treuschwur auf König und Reich auf gleicher Basis wie die Dominions. Man erwartet, daß die Entscheidung am Montag in den Händen der Regierung sein wird. Falls die Antwort günstig ist, werden die Vorschläge sofort der Ulsterregierung unterbreitet werden. Wenn die Sinnfeinerführer Einwände machen und eine Kritik üben, die einer Ablehnung der Bedingungen gleichkäme, so werden die Vorschläge Ulster nicht vorgelegt werden. Man ist indessen überzeugt, daß auf jeden Fall die Waffenruhe aufrechterhalten wird.

Die Sinnfeiner lehnen ab?

Den Londoner Blättern zufolge ist die irische Lage wieder ernst. Die Sinnfeiner haben die neuen Vorschläge der britischen Regierung nicht angenommen. Für Montag war eine Kabinettssitzung anberaumt worden. Am Sonntag wurde eine Zusammenkunft zwischen Lloyd George, Chamberlain, Birkenhead, Horne und den Sinnfeiner-Vertretern [illegible] Daily Chronicle zufolge der Wert der Stellungnahme auf Regelung der Frage übrig. Ein sofortiger Bruch der Verhandlungen stehe jedoch nicht bevor. Der Hauptpunkt, in dem die Sinnfeiner Einspruch erheben, sei der Treueid.

Sächsische politische Mitteilungen.

Die Lohngrenze für den Steuerabzug.

Nach den Berichten Leipziger Blätter soll im sächsischen Finanzministerium Geneigtheit bestehen, für eine Erhöhung der nach dem Lohnsteuergesetz zulässigen Höchstgrenze für den 10-prozentigen Abzug von 24 000 Mark auf 48 000 Mark einzutreten. Wie dem „Sächsischen Zeitungsdienst" von amtlicher Seite erklärt wird, hat sich weder das sächsische Finanzministerium noch das sächsische Gesamtministerium mit der Frage bisher beschäftigt. Das sächsische Finanzministerium würde aber auch bei einer Prüfung dieser Frage eine derartige Erhöhung der Vergünstigung aus steuerlichen Gründen nicht befürworten können.

Kein amerikanisches Pachtangebot auf die Dresdner Staatsoper.

In Dresden ging das auch von der Presse aufgenommene Gerücht, daß ein Amerikaner dem sächsischen Staate ein außerordentlich hohes Pachtangebot auf die Dresdner Staatsoper gemacht und daß er die Bedingung gestellt habe, daß er dann die Oper als „Royal Opera", Königliche Oper, bezeichnen würde. Wie dem „Sächsischen Zeitungsdienst" von zuständiger amtlicher Stelle mitgeteilt wird, ist weder von einem Amerikaner noch von irgend welcher anderen Seite überhaupt auch nur ein Pachtangebot, geschweige denn eins mit der vorstehend genannten Bedingung, abgegeben worden.

Um das Meißner Porzellangeld.

In der sächsischen Presse sind in der letzten Zeit widersprechende Meldungen über das Meißner Porzellangeld verbreitet worden. Gegenüber der ersten Meldung, daß mit Ablauf dieses Jahres die Abgabe des Meißner Porzellangeldes eingestellt würde, verbreitete eine Dresdner Korrespondenz die Meldung, daß auch im kommenden Jahre das Meißner Porzellangeld in gleichem Umfange wie bisher ausgegeben würde. Demgegenüber wird dem „Sächsischen Zeitungsdienst" von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß die letzte Meldung unrichtig ist. Das Meißner Porzellangeld verliert tatsächlich mit Ende dieses Jahres den Wert als Zahlungsmittel und wird als solches auch in der Meißner Porzellanmanufaktur nicht mehr hergestellt und ausgegeben. Nur für den Fall, daß von Sammlern noch große Aufträge eingehen sollten, würden die Bestellungen ausgeführt werden. Die hergestellten Münzen aber würden, wie schon gesagt, nicht Zahlungsmittel, sondern nur Sammlerobjekte sein dürfen.

Das Stimmrecht der Vorsitzenden für die Gemeindevertretungen.

Wie in den Städten Dresden, Leipzig und Zwickau die Stadtverordnetenwahlen, so haben vielfach auch in sächsischen Gemeinden die in den letzten Wochen stattgefundenen Neuwahlen zu den Gemeindevertretungen Stimmengleichheit zwischen den bürgerlichen und sozialistischen Vertretern ergeben. Nach der sächsischen revidierten Städteordnung entscheidet, wenn bei Abstimmung sich Stimmengleichheit ergibt, die Stimme des Vorsitzenden, während in der Geschäftsordnung des sächsischen Landtages die Bestimmung enthalten ist, daß Stimmengleichheit Ablehnung bedeutet. Es wird deshalb in den Kreisen der Stadtvertreter erwogen, auf eine Aenderung der einschlägigen Bestimmung der revidierten Städteordnung dahin zu wirken, daß in dieser über die Stimmenabgabe des Vorsitzenden bei Stimmengleichheit dieselbe Bewertung Platz greift, wie sie in der Geschäftsordnung des sächsischen Landtages vorgesehen ist.

Gemeindewahlen in Sachsen.

Auch am letzten Sonntage haben in mehreren Gemeinden Sachsens Gemeinderatswahlen stattgefunden, deren Ergebnisse wir hier folgen lassen:

Waldenburg (Stadt). Von den 1510 Stimmberechtigten haben 1202 gewählt. Die Bürgerlichen haben 8, die Sozialdemokraten 4 Sitze erhalten. Bisher war das Verhältnis 7:5.

Mittweida. Bei den am Sonntag abgehaltenen Stadtverordnetenwahlen erhielten die vereinigten sozialistischen Parteien 4663, die Kommunisten 385, die Demokraten 1607, die Deutsche Volkspartei 1258 und die Deutschnationalen 1575 Stimmen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die bürgerlichen wie die sozialistischen Parteien ihre Listen als verbunden erklärt hatten, entfallen auf die Sozialdemokraten 12, auf die Kommunisten 1, auf die Demokraten 4, auf die Deutsche Volkspartei 3 und auf die Deutschnationalen 4 Sitze. Von 11 597 wahlberechtigten Personen haben 82 Prozent gewählt. Bisher setzte sich das Kollegium aus 16 Sozialdemokraten und aus 8 bürgerlichen Vertretern zusammen.

Roßwein. Die bürgerlichen Listen erhielten 2425 (1295) Stimmen, die Sozialdemokraten 1699 (1513), die Unabhängigen 677 (481) und die Kommunisten 195 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 90 Prozent.

Leisnig. Bürgerliche 2126, Mehrheitssozialdemokraten 1367, Unabhängige 840 Stimmen. Die beiden sozialistischen Listen waren verbunden. Gewählt sind 9 (7) Bürgerliche, 6 (8) Mehrheitssozialisten und 3 (3) Unabhängige.

Schneeberg. Die Bürgerliche Einheitsliste 2016 Stimmen und 10 (9) Sitze, die Mehrheitssozialdemokraten 2170 Stimmen und 11 (15) Sitze, die Unabhängigen 625 Stimmen und 3 (0) Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 89 Prozent.

[illegible] Ergebnisse. Zschorlau 6 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten; Bergen bei Fallenstein 6 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten; Erlbach 7 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten; Klingenthal 8 Bürgerliche, 10 Sozialdemokraten; Schönheide 10 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten; Schönheiderhammer 2 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten; Kürbitz 6 Bürgerliche, 6 Sozialdemokraten.

Aue. Bei der Stadtverordnetenwahl eroberte das Bürgertum von den Linksparteien drei Sitze, so daß das Verhältnis im Stadtverordnetenkollegium, das bis jetzt 10 Bürgerliche und 17 Sozialisten umfaßte, sich in Zukunft 13 zu 14 gestaltet. Die Sozialisten haben also die Mehrheit nur noch mit einer Stimme. Es wurden gewählt: Von den Bürgerlichen fünf Mittelständler, fünf Kandidaten der christlichen Liste und drei Kandidaten der Vereinigten bürgerlichen Liste, ferner acht Mehrheitssozialdemokraten, fünf Kommunisten und ein Unabhängiger. Insgesamt haben von 12 377 Wahlberechtigten nur 9330 gewählt.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 6. Dezember 1921.

Wettervoraussage für morgen:

Es scheint sich ein Witterungsumschlag vorzubereiten. Zunehmende Trübung, wärmer, noch trocken, wechselnde Winde.

Temperatur am 5. Dezember:

Minimum —12,5, 12 Uhr —5,0, Maximum —4,1.

—* Am 2. Adventssonntag fand in der St. Trinitatiskirche nach 6jähriger Pause Kirchenvisitation statt. Im Gottesdienst, den zweimalige Kirchenmusik besonders festlich gestaltete, predigte Pastor Polster über Römer 15, 4—13. Unsere Adventshoffnung: Eine Herde und ein Hirt. Erst wenn die ganze Menschheit vom Geiste Christi ganz durchdrungen, wenn besonders das zwiespältige Wesen des einzelnen Menschen durch den Gott der Geduld und des Trostes in Jesus Christus überwunden ist, geht unsere Adventshoffnung der Erfüllung entgegen. Darauf hielt Superintendent Oberkirchenrat Neumann aus Glauchau eine Ansprache über Jesajas 40, 1: Tröstet, tröstet mein Volk. Auf unserem Volke lastet nicht nur das Joch der Fremdherrschaft, sondern viel mehr noch das der Sünde. Sollen wir als Christen darum das Volk verlassen wie die Sekten, die sich absondern vom unheiligen Volk und wie Priester und Levit an dem unter die Mörder Geratenen vorübergehn? Wir können's nicht. Aber die Pastoren können es nicht allein schaffen. Wir brauchen die Mithilfe der in ihrem Glauben lebenden Gemeinde und vor allem das Evangelium in Kirche, Schule und Haus. Möge so unser ganzes Volk einen wahren Advent feiern. Choralblasen vom Turm durch den Posaunenchor begleitete die Kirchgänger auf dem Heimweg. — Um 11 Uhr fand Kindergottesdienst durch Pfarrer Schmidt, ½2 Uhr Unterredung mit der konfirmierten Jugend statt. ¼4 Uhr wurde im Saale des Gemeindehauses eine Hausväterversammlung abgehalten, die sehr gut besucht war, und in der über die Gemeindeverhältnisse berichtend und mahnend gesprochen wurde. Mit dem Schlußgesang durch den Kirchenchor fand die Hausväterversammlung und damit die Visitation ihr Ende. Nur eins sei noch bemerkt: Es scheinen viele Gemeindeglieder der Ansicht zu sein, als richtete sich die Visitation zunächst und hauptsächlich an die Geistlichen. Visitation ist aber ein Festtag der ganzen Gemeinde, da der geistliche Oberhirte des Bezirks in ihrer Mitte weilt als Gehilfe ihrer Freude. An einem solchen Fest der Gemeinde sollten sich die Glieder der Gemeinde viel stärker beteiligen, als es gemeinhin geschieht.

—* Am letzten Sonntag vollendeten sich 50 Jahre, daß Herr Pastor Gerstmayr zum geistlichen Amte in seiner bayrischen Heimat ordiniert wurde. Von dieser Amtszeit verbrachte er 14 Jahre — 7 Jahre in Bayern und 7 Jahre in Sachsen — im geistlichen, die übrige Zeit im Schulamte. Anläßlich dieses immerhin seltenen und in seltener Geistesfrische begangenen Jubiläums beglückwünschte Herr Oberkirchenrat Neumann den Jubilar in überaus herzlicher Weise. Die Amtsbrüder der Umgebung schlossen sich seinen Segenswünschen an. Möge es Herrn Pastor Gerstmayr noch lange beschieden sein, seines schönen Amtes zu walten, seinen anvertrauten Seelen zum Segen und Gott zur Ehre.

—e. Bei den Altstädter Schulen wurden für Ostern 1922 104 Kinder neu angemeldet. Das bedeutet gegen die Vorjahre einen gewaltigen Rückgang, denn im vergangenen Jahre wurden noch 198, in den vorhergehenden Jahren aber fast immer gegen 200 Kinder der Schule neu zugeführt. Die Frage nach der Beteiligung am Religionsunterricht hatte das Ergebnis, daß nur drei Eltern erklärten, ihre Kinder an diesem nicht teilnehmen zu lassen.

—* Die Klubsitzung der Landwirte am Sonnabend nachmittag im Lindenhof zu Glauchau war wieder sehr gut besucht. Landtagsabgeordneter Leithold-Tettau eröffnete die Sitzung ½4 Uhr und gab ein längeres Referat über die neue Grund- und Gewerbesteuer, die vom sächsischen Staat erhoben werden soll. Der Grundsteuer unterliege der gesamte Grund und Boden, während der Gewerbesteuer das gesamte Inventar unterliege. Die Gewerbesteuer sei weiter nichts wie eine verkappte Einkommensteuer. Der Referent gab dann über die beiden Steuern einzelne Details unter Anführung verschiedener Beispiele. Die Grund- und Gewerbesteuerfragen sollen in der nächsten Klubsitzung am 2. Sonnabend im Januar genau erörtert werden. Herr Dr. Deich-Chemnitz referierte anschließend über das freiwillige Tuberkulosetilgungsverfahren. Er gab einleitend einen kurzen Ueberblick über die gesetzliche Bekämpfung der Tuberkulose und betonte die Vorteile des Tuberkulosetilgungsverfahrens, das vielfach mit einer „Tuberkuloseversicherung" verglichen [illegible] das genauen Verfahren unterscheidet dem Wirtschaftsministerium. Die Oberaufsicht liegt den Oberveterinärräten bei den Kreishauptmannschaften ob, die auch Veterinärärzte beauftragen können. Die Untersuchung der Rinder erfolgt kostenlos. In die Versicherungskasse hat der Landwirt, der dem Verfahren angeschlossen ist, für jedes Rind 10 Mark zu zahlen. Bei einem eventuellen Verlust durch Tuberkulose wird der dem Verfahren angeschlossene Landwirt entschädigt. Nach kurzer Aussprache ergriff Herr Schober-Chemnitz vom Erzg. Verband das Wort zu einer Berichterstattung über Landbund und Erzg. Verband. Er vertrat stark die Interessen des Erzg. Verbandes und bedauerte, daß die Verhandlungen zwischen Landbund und Erzg. Verband noch zu keiner Einigung geführt haben. Wenn diese Tatsache leider der Fall sei, so liege das aber nicht an dem Erzg. Verband, sondern an dem Landbund. Herr Leithold trat dieser Auffassung seines Vorredners in lebhaften Worten entgegen und behauptete, daß gerade im Gegenteil die Halsstarrigkeit des Erzg. Verbandes die Schuld trägt, weshalb bisher eine Einigung noch nicht erzielt werden konnte. Schließlich wurden noch einige interne Angelegenheiten behandelt.

—* Der Landtagsabgeordnete, Gutsbesitzer und Gemeindevorstand Arno Leithold in Tettau hat sein Amt als Aufsichtsratsmitglied und Bezirksvertreter des Verbandes der Landwirte im Erzgebirge niedergelegt und ist aus diesem Verbande ausgeschieden, nachdem über 300 Landwirte des Glauchauer Bezirks ihren Austritt schon erklärt haben. Grund zu diesem Massenaustritt aus dem Verbande ist der Umstand, daß der Verband eine Vereinigung mit dem Sächsischen Landbund immer noch nicht herbeizuführen vermocht hat.

—z. **Wüstenbrand,** 6. Dez. Unter Aufgebot von Kriminalbeamten, Gendarmen und Schutzleuten wurde am Sonntag im hiesigen Gasthof ein angeblicher Bayer namens Behrens festgenommen, der in Oberschlesien mehrere französische Offiziere ermordet haben soll und am 28. Oktober bei seinem letzten Ausbruch aus dem Zuchthaus zu Kosel einen Aufseher niederschlug. Der Verhaftete wurde nach Chemnitz gebracht.

e. **Meinsdorf,** 6. Dez. Die am Sonntag stattgefundene Gemeinderatswahl brachte von 189 Stimmberechtigten 133 an die Wahlurne. Die Bürgerlichen erhielten 70, die Sozialdemokraten 63 Stimmen, sodaß auf jede Liste drei Sitze kommen. Darnach sind gewählt von der bürgerlichen Liste die Herren Gutsbesitzer Ernst Kröber, Bruno Vogel und Willy Veit und von der der Sozialdemokraten die Herren Paul Vogel, Johannes Schrepel und Hugo Herold.

—z. **Hermsdorf,** 6. Dezbr. Zu dem Berichte über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Hugo Steudel ist noch zu bemerken, daß Steudel, wie auch in der Verhandlung festgestellt wurde, die kleine Tochter Webers nicht tätlich angegriffen hat. Ferner wäre der Bericht noch dahin zu ergänzen, daß die Ge-